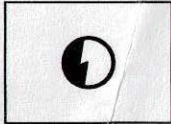


LEGENDE

1. Verkehrsflächen
(§9 Abs. 1 Nr. 11 und Abs. 6 BauGB)

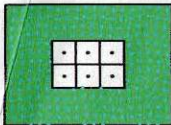
 Straßenverkehrsflächen
(§9 Abs. 1 Nr. 11 und Abs. 6 BauGB)

2. Flächen für Versorgungsanlagen, für die Abfallentsorgung und
Abwasserbeseitigung sowie für Ablagerungen
(§ 9 Abs. 1 Nr. 12, 14 und Abs. 6 BauGB)

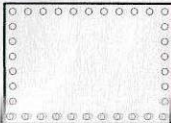
 Versorgungsfläche Elektrizität
(§ 9 Abs. 1 Nr. 12, 14 und Abs. 6 BauGB)

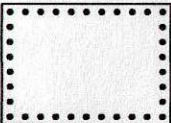
 Versorgungsfläche Abwasser
(§ 9 Abs. 1 Nr. 12, 14 und Abs. 6 BauGB)

3. Grünflächen
(§ 9 Abs. 1 Nr. 15 und Abs. 6 BauGB)

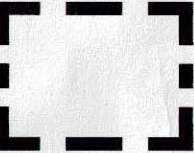
 Dauerkleingärten
(§ 9 Abs. 1 Nr. 15 und Abs. 6 BauGB)

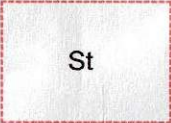
4. Planungen, Nutzungsregelungen, Maßnahmen und Flächen für Maßnahmen zum
Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft
(§ 9 Abs. 1 Nr. 20, 25 und Abs. 6 BauGB)

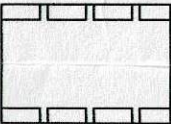
 Umgrenzung von Flächen zum Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen
(§ 9 Abs. 1 Nr. 25 Buchstabe a) und Abs. 6 BauGB)

 Umgrenzung von Flächen mit Bindungen für Bepflanzungen und für die Erhaltung von Bäumen,
Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen sowie von Gewässern
(§ 9 Abs. 1 Nr. 25 Buchstabe b) und Abs. 6 BauGB)

5. Sonstige Planzeichen

 Grenze des räumlichen Geltungsbereichs des Bebauungsplans
(§ 9 Abs. 7 BauGB)

 Umgrenzung von Flächen für Nebenanlagen, Stellplätze, Garagen und Gemeinschaftsanlagen
(§ 9 Abs. 1 Nr. 4 und 22 BauGB)

 Mit Geh-, Fahr- und Leitungsrechten zu belastende Flächen
(§ 9 Abs. 1 Nr. 21 und Abs. 6 BauGB)

Im Schutzstreifen der 220-kV-Leitung ist eine Bepflanzung mit einer Endwuchshöhe von max. 3 m
zulässig. Eine Unterbauung ist grundsätzlich unzulässig.
Siehe gesonderten Hinweis im Begründungstext zum Bebauungsplan.

TEXTFESTSETZUNGEN

PLANUNGSRECHTLICHE FESTSETZUNGEN (§ 9 BauGB):

1.0 Verkehrsflächen (§ 9 (1) Nr. 11 BauGB):

Der bestehende Feldweg wird als Bestand festgesetzt, siehe Planzeichnung

2.0 Grünflächen (§ 9 (1) Nr. 15 BauGB):

Festsetzung einer privaten Grünfläche mit der Zweckbestimmung: Dauerkleingärten
Die Bebauung innerhalb der Kleingartenanlage richtet sich nach dem
Bundeskleingartengesetz.

Dementsprechend sollen nach § 3 (1) dieses Gesetzes die einzelnen Kleingärten der
Anlage nicht größer als 300 qm sein.

Je einzelнем Kleingarten ist gem. § 3 (2) des Kleingartengesetzes eine Laube, welche nicht
zum dauerhaften Wohnen geeignet sein darf, in einfacher Ausführung mit höchstens 24 qm
Grundfläche einschl. überdachtem Freisitz zulässig.

Entsprechend § 1 (1) Nr. 2 des Kleingartengesetzes ist u. a. auch die Errichtung eines
Vereinshauses als gemeinschaftlich nutzbares, kleineres Versammlungs- und
Lagergebäude mit höchsten 50 qm Grundfläche zulässig. Eine Nutzung als öffentliches
Vereinslokal ist unzulässig.

Die überbaubaren Flächen sind nicht gesondert gekennzeichnet. Die vorab beschriebene,
zulässige Bebauung ist ausschließlich innerhalb der Kennzeichnung als Dauerkleingärten
zulässig.

3.0 Festsetzungen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und
Land-
schaft (§ 9 (1) Nr. 20, 25a und b BauGB):

Im nordwestlichen Geltungsbereich wird eine bestehende Heckenstruktur zum Erhalt
festgesetzt.

In den restlichen Randbereichen der Kleingartenanlage wird die Neuanpflanzung eines 4 m
breiten Heckenstreifens als Begrenzung der Anlage festgesetzt, siehe Planzeichnung.

4.0 Sonstige Festsetzungen:

Festsetzung von Stellplätzen (§ 9 (1) Nr. 4 und 22 BauGB) für die Nutzer der
Kleingartenanlage, siehe Planzeichnung.

GESETZLICHE GRUNDLAGEN

Für die Verfahrensdurchführung, die Maßnahmen und die Festsetzungen des Bebauungsplanes gelten die nachfolgend genannten **Gesetze** und **Verordnungen**:

- das **Raumordnungsgesetz (ROG)** in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. August 1997 (BGBl. I S. 2081), geändert durch Gesetz vom 15. Dezember 1997 (BGBl. I S. 2902)

das **Baugesetzbuch (BauGB)** in der Neufassung der Bekanntmachung vom 27. August 1997 (BGBl. I S. 2141, berichtigt 1998 S. 137), zuletzt geändert durch Art. 3 des Gesetzes vom 15. Dezember 2001 (BGBl. I S. 3762)

die Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke **Baunutzungsverordnung (BauNVO)**, in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. Januar 1990 (BGBl. I S. 132), zuletzt geändert durch Art. 3, Investitionserleichterungs- und Wohnbaulandgesetz vom 22. April 1993 (BGBl. I S. 466)

die Verordnung über die Ausarbeitung der Bauleitpläne und die Darstellung des Planinhaltes **Planzeichenverordnung (PlanZV 90)** vom 18. Dezember 1990 (BGBl. I S. 58)

das Gesetz über Naturschutz und Landschaftspflege **Bundes-Naturschutzgesetz (BNatSchG)** vom 25. März 2002 (BGBl. I S. 1193)

das Gesetz über die **Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG)**, Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie des Rates vom 27. Juni 1985 über die Umweltverträglichkeitsprüfung bei bestimmten öffentlichen und privaten Projekten (85/337/EWG) vom 12. Februar 1990 (BGBl. I S. 205), zuletzt geändert am 15. Dezember 2001 (BGBl. I S. 3762)

das Gesetz zum Schutz vor schädlichen Bodenveränderungen und zur Sanierung von Altlasten **Bundes-Bodenschutzgesetz (BBodSchG)** vom 17. März 1998 (BGBl. 1998, Teil I Nr. 16 S. 502), zuletzt geändert am 09. September 2001 (BGBl. I S. 2334)

- das Gesetz zum Schutz von schädlichen Umwelteinwirkungen durch Luftverunreinigungen, Geräusche, Erschütterungen und ähnliche Vorgänge **Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG)** in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Mai 1990 (BGBl. I 1990, S. 880), zuletzt geändert am 29. Oktober 2001 (BGBl. I S. 2795)

- das **Kommunalselbstverwaltungsgesetz Saarland (KSVG)** in der Fassung der Bekanntmachung vom 27. Juni 1997 (Amtsbl. S. 682), zuletzt geändert durch Art. 1 des Gesetzes Nr. 1463 zur Änderung kommunalrechtlicher Vorschriften vom 24. Januar 2001 (Amtsbl. S. 530)

das **Saarländische Landesplanungsgesetz (SLPG)** vom 27. April 1994 (Amtsblatt des Saarlandes 1994 S. 866)

das Gesetz über den Schutz der Natur und die Pflege der Landschaft **Saarländisches Naturschutzgesetz (SNG)** in der Fassung der Bekanntmachung vom 19. März 1993 (Amtsblatt des Saarlandes 1993 S. 346, berichtigt S. 482) zuletzt geändert durch Gesetz vom 05. Februar 1997 (Amtsblatt des Saarlandes S. 258)

die **Bauordnung für das Saarland (LBO)** vom 27. März 1996 (Amtsblatt des Saarlandes S. 477) zuletzt geändert durch Gesetz vom 08. Juli 1998 (Amtsblatt des Saarlandes S. 721)

- Das Gesetz zum Schutz und zur Pflege der Kulturdenkmäler im Saarland **Saarländisches Denkmalschutzgesetz (SDschG)** vom 12. Oktober 1977 (Amtsblatt S. 993), zuletzt geändert am 27. November 1996 (Amtsblatt des Saarlandes 1996 S. 1313)

das **Saarländische Wassergesetz (SWG)** in der Fassung der Bekanntmachung der Neufassung vom 03. März 1998 (Amtsblatt des Saarlandes 1998 S. 306)

Gemarkung : Merzig
Flur: 07 und 11

Hinweise:

- Gemäß Mitteilung des Ministerium für Inneres und Sport sind im Plangebiet Munitionsgefahren nicht auszuschließen.
Den Bauherren wird daher eine vorsorgliche Überprüfung durch den Kampfmittelbeseitigungsdienst empfohlen.
- Es wird auf die Anzeigepflicht gem. §§ 16 und 17 Saarländisches Denkmalschutzgesetz bei Bodenfunden hingewiesen.

		BAU- UND UMWELTAMT Brauerstraße 5 66663 Merzig Tel.: 06861 - 85 0 Fax: 06861 - 85 154 e-mail: stadt@merzig.de www.merzig.de	
Projekt: Kleingartenanlage auf dem Kreuzberg Kreisstadt Merzig - Stadtteil Merzig			
Bauteil: Bebauungsplan			
		Gezeichnet: S. Meiers	Geändert: 06. 01. 2005
	Stempel: Dipl.-Ing. Mey, Amtsleiter	Geprüft: T. Cappel	M.: 1 : 1000
BAU- UND UMWELTAMT		Datum: 01. 09. 2003	

BEBAUUNGSPLAN

- SATZUNG -



KREISSTADT MERZIG
STADTTEIL MERZIG

"Kleingartenanlage auf dem Kreuzberg"

Der Stadtrat der Kreisstadt Merzig hat in seiner Sitzung am 18. 10. 2001 gemäß § 2 (1) BauGB die Aufstellung des Bebauungsplanes "Kleingartenanlage auf dem Kreuzberg" im Stadtteil Merzig beschlossen.

Der Beschluss, den Bebauungsplan "Kleingartenanlage auf dem Kreuzberg" aufzustellen, wurde gemäß § 2 (1) BauGB im amtlichen Bekanntmachungsblatt der Kreisstadt Merzig "Neues aus Merzig", Ausgabe Nr. 46 , am 14. 11. 2001 ortsüblich bekanntgemacht.

Die frühzeitige Beteiligung der Bürger gemäß § 3 (1) BauGB erfolgte in Form einer öffentlichen Darlegung der allgemeinen Ziele und Zwecke der Planung, zusammen mit der Bekanntmachung des Aufstellungsbeschlusses ebenfalls im amtlichen Bekanntmachungsblatt der Kreisstadt Merzig "Neues aus Merzig", Ausgabe Nr. 46 , am 14. 11. 2001.

Die von der Planung berührten Behörden, Stellen und Träger öffentlicher Belange wurden gemäß § 4 BauGB mit Schreiben vom 05. 09. 2003 über die Planung unterrichtet und zur Abgabe von Stellungnahmen aufgefordert.

Die Abstimmung mit den Nachbargemeinden gemäß § 2 (2) BauGB erfolgte mit Schreiben vom 05. 09. 2003.

Der Stadtrat der Kreisstadt Merzig hat in seiner Sitzung am 13. 05. 2004 den Entwurf gebilligt und die Offenlegung des Bebauungsplanes gemäß § 3 (2) BauGB beschlossen.

Die Offenlegung gemäß § 3 (1) BauGB fand in der Zeit vom 11. 06. 2004 bis einschl. 12. 07. 2004 statt.

Ort und Dauer der Auslegung wurden mit Hinweis, dass Anregungen während der Auslegungsfrist von jedermann schriftlich oder zur Niederschrift vorgebracht werden können, gemäß § 3 (2) BauGB im amtlichen Bekanntmachungsblatt der Kreisstadt Merzig "Neues aus Merzig", Ausgabe Nr. 23, am 03. 06. 2004 ortsüblich bekanntgemacht.

Die nach § 4 BauGB beteiligten Träger öffentlicher Belange, Behörden und Stellen sowie die Nachbargemeinden wurden gemäß § 3 (2), Satz 3 BauGB mit Schreiben vom 24. 05. 2004 von der Offenlegung benachrichtigt.

Während der Auslegung gingen Anregungen ein, die vom Stadtrat der Kreisstadt Merzig am 29. 09. 2004 geprüft und in die Abwägung eingestellt wurden. Das Ergebnis wurde denjenigen, die Anregungen vorgebracht haben gemäß § 3 (2), Satz 4, BauGB mit Schreiben vom 21. 10. 2004 mitgeteilt.

Der Stadtrat der Kreisstadt Merzig hat in seiner Sitzung am 29. 09. 2004 die Aufstellung des Bebauungsplanes "Kleingartenanlage auf dem Kreuzberg" im Stadtteil Merzig gemäß § 10 BauGB als Satzung beschlossen. Der Bebauungsplan besteht aus der Planzeichnung mit der Zeichenerklärung und den Textfestsetzungen sowie der Begründung.

Der Bebauungsplan wird hiermit als Satzung ausgefertigt.

Der Satzungsbeschluss wurde gemäß § 10 (3) BauGB im amtlichen Bekanntmachungsblatt der Kreisstadt Merzig "Neues aus Merzig" Ausgabe Nr. 01, am 05.01.2005 ortsüblich bekanntgemacht. Mit dieser Bekanntmachung wird der Bebauungsplan "Kleingartenanlage auf dem Kreuzberg" im Stadtteil Merzig rechtskräftig.

Merzig, den 06.01.2005

Der Bürgermeister



(Horf)